



In Mufulira spielt sich der Alltag in unmittelbarer Nähe zur Kupferschmelzanlage von Glencores Tochterfirma Mopani ab.

Foto: Res Gehriger

Glencore-Minen in Sambia sind Dreckschleudern Bevölkerung rund um die Minen bezahlt mit ihrer Gesundheit

«Wir haben gar keine andere Wahl, als dieses verschmutzte Wasser zu trinken!» Das sagen viele Menschen, die in unmittelbarer Nachbarschaft von Mopanis Kupferschmelzanlage in Sambia leben. «Mopani ist ein schlechter Nachbar! Wir haben nichts von den Minen, das Unternehmen tut nichts für unsere Gemeinden!»

Die Minengesellschaft Mopani, die zu 73 Prozent dem Zuger Multi Glencore gehört, besitzt in Mufulira zwei Kupferminen und eine Schmelzanlage. Die EinwohnerInnen von Mufulira, einem abgelegenen Minenstädtchen im Kupfergürtel im Nordwesten Sambias, haben seit jeher mehr Nachteile als Nutzen vom Kupferabbau. In vielen

Bereichen sind sie von der mächtigen Firma Mopani abhängig, so etwa wenn es um Trinkwasser geht. Dieses wird vom Minenunternehmen aufgearbeitet und über die Firma Mulonga Water and Sewerage an die Haushalte in den Quartieren verkauft. Aber die Qualität des Wassers ist sehr schlecht und seit einiger Zeit verlangen Betroffene, dass Mopani sauberes Wasser liefert. Bisher ohne Erfolg.

Verschiedene soziale Organisationen in Mufulira haben sich im Mufulira Civil Society Organisations Forum zusammengeschlossen. Unterstützt vom SOLIFONDS haben sie eine Kampagne für sauberes Trinkwasser in den Quartieren rund um Mopanis Minen gestartet. Ihr

Ziel ist es, zusammen mit den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern den Druck auf Mopani zu erhöhen, damit die Minengesellschaft das Trinkwasserproblem endlich ernst nimmt und handeln muss.

Dafür schult das Mufulira Civil Society Organisations Forum Gemeindeforscher und -forscherinnen, und begleitet die Gemeinden in Kampagnen- und Medienarbeit. Der Zusammenschluss von Organisationen ist überzeugt, dass auf diese Weise genug Druck aufgebaut werden kann, so dass Mopani sich gezwungen sieht, mit den Betroffenen das Gespräch zu suchen und in ihrem Sinne zu handeln. Mopani muss endlich sauberes Wasser liefern, das die Menschen ohne Bedenken als Trinkwasser nutzen können.

**Sauberes Wasser, Demokratie,
Frieden – im Namen der
Menschen, die für diese Rechte
kämpfen, danken wir Ihnen
herzlich für Ihre Solidarität.**

«Togo debout» – Im westafrikanischen Togo gehen Tausende auf die Strasse

Demokratie statt Clanherrschaft

«Wir Organisationen der Zivilgesellschaft weisen mit Nachdruck darauf hin, dass in den grossen Protesten in den Städten des ganzen Landes eine tiefe soziale Misere zum Ausdruck kommt, eine Verbitterung und Frustration über 50 Jahre dynastische Herrschaft. Diese hat zu einer steigenden Verarmung der Bevölkerung geführt, zu grosser sozialer Ungerechtigkeit und verbreitetem Misstrauen gegenüber den feudalen und unglaublich gewordenen Institutionen.»

Seit dem 19. August 2017 gehen in allen grösseren Städten Togos insbesondere der Hauptstadt Lomé Zehntausende Menschen auf die Strasse. Angeführt von vierzehn Parteien der Opposition fordern sie mehr Demokratie für das Land (vgl. Kasten). Zwei Monate nach dem Beginn der Proteste formierte sich das Bündnis der BürgerInnen «Togo debout», ein Zusammenschluss von Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, KonsumentInnenorganisa-

tionen und politischen Gruppierungen. Mit ihrer eingangs zitierten Position unterstreicht «Togo debout», dass es bei den Protesten um mehr geht als um Wahl-Demokratie. Politische Veränderungen müssen zu sozialer Gerechtigkeit und vertrauenswürdigen Institutionen führen. Ein Fingerzeig auch an die oppositionellen Parteien.

«Togo debout» steht dennoch bedingungslos hinter den zentralen Forderungen der Protestbewegung: Rückkehr zur Verfassung von 1992, höchstens einmalige Wiederwahl des Präsidenten, Überarbeitung der Wahlregister und Wahlrecht für die Diaspora.



Togoische Frauen in Schwarz fordern ein Ende der Diktatur.

Foto: FTBC

Hinhalten und Repression

Präsident Faure Gnassingbé versucht, die Proteste auszusetzen, und stellt ein Verfassungsreferendum für 2020 in Aussicht, gleichzeitig setzt er auf Repression. In einzelnen Städten tauchten vermummte Milizen auf und verhinderten Manifestationen. Die Sicherheitskräfte gingen mit Gewalt auf Protestierende los. Bilanz: 16 Menschen sind bisher ums Leben gekommen, eine unbekannte Zahl wurde zum Teil schwer verletzt und viele verhaftet.

Doch die Proteste lassen nicht nach: Am 20. Januar etwa gingen in Togos Hauptstadt die Frauen auf die Strasse. Ganz in schwarz forderten sie als Frauen und Mütter Arbeit für ihre Kinder und eine Zukunft. «Les femmes debout».

Solidarität gefordert

Haben Sie in unseren Medien schon mal über die aktuellen Ereignisse in Togo gelesen oder gehört? Es gab vereinzelt Kurzmeldungen. Klar, Togo ist nicht Südafrika oder Ägypten, aber in Togo kämpfen die Menschen genauso für eine andere Gesellschaft, für eine Zukunft mit Perspektiven.

Die Gewerkschaft der BauarbeiterInnen FTBC (Fédération des travailleurs du bois et de la construction), Mitbegründerin von «Togo debout» und seit langem Partnerorganisation des SOLIFONDS, hat deshalb um Unterstützung gebeten. Die Bewegung braucht unsere Solidarität, um die Mobilisierungen aufrecht zu erhalten und auszuweiten und um die Forderungen der Protestierenden via lokale Medien bei der Bevölkerung breit bekannt zu machen.

Faure hau ab!

Faure Gnassingbé folgte 2005 als Präsident Togos auf seinen Vater Gnassingbé Eyadéma, der Togo 38 Jahre lang diktatorisch regiert hatte und in dessen Regierungszeit es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gekommen war. Viele Menschen flüchteten aus Togo. Im Sommer 2017 kündigte Faure Gnassingbé an, dass 2020 über eine neue Verfassung abgestimmt werden soll, mit einer Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten auf höchstens zwei mal fünf Jahre.

Das brachte das Fass zum Überlaufen, die Protestbewegung brach los. Denn es wurde deutlich, dass Faure mit diesem Manöver seine Macht und damit jene der Familie Gnassingbé um weitere zehn Jahre bis 2030 «demokratisch» verlängern will. Die Antwort der Strasse: «Faure hau ab!»

Die Verfassung von 1992 sah eine Beschränkung der Amtszeit vor und wurde damals mit 97 Prozent der Stimmenden angenommen. Deshalb will die Protestbewegung jetzt keine neue Verfassung, sondern fordert die Umsetzung der Verfassung von 1992. Ausserdem verlangt sie die Überarbeitung des WählerInnenregisters sowie das Wahlrecht für die togoische Diaspora. Viele ihrer Mitglieder sind als politisch Verfolgte ins Exil getrieben worden und können sich seither nicht mehr aktiv am politischen Leben ihres Landes beteiligen.



Die Entsorgung der Schlacke trägt ebenfalls zur Verschmutzung des Trinkwassers bei.

Foto: Res Gehriger

Wasseranalysen sollen Klarheit schaffen

AnwohnerInnen in Mufulira fordern sauberes Wasser jetzt!

Noch ist nicht bekannt, welche Resultate die Analyse des Trinkwassers von Mufulira erbringen wird. Das Mufulira Civil Society Organisations Forum hat kürzlich verschiedene Wasserproben zur Untersuchung beim sambischen Lebensmittel- und Arzneimittel-Forschungslabor eingereicht. Doch nur schon die Wasserfarbe lässt kein gutes Resultat erwarten. Und wer bezahlt die Analyse? Nicht der Verursacher der Verschmutzung, das Unternehmen, auch nicht der Staat. Es sind die Betroffenen, die die Untersuchung berappen müssen.

Trinkwasserreservoir gefährdet

Angesichts der Umweltverschmutzung durch die Kupferminen ist der Schaden noch viel gravierender: Die Menschen bezahlen mit ihrer Gesundheit. 2008 erlitten über 800 Menschen Vergiftungen, als Schwefelsäure in das Trinkwasser gelangte. Um auf möglichst rentable Weise Kupfererze aus dem Gestein zu lösen, wird Schwefelsäure direkt in die unteren Bodenschichten gespritzt. Nur befindet sich unter den Kupferlagerstätten das Trinkwasserreservoir von Mufulira. Auch Luftverschmutzung ist für die Bevölkerung ein Problem. Aufgrund

von Schwefeldioxydausstößen aus der Kupferschmelze kam es immer wieder zu schwersten Atemwegs- und Hauterkrankungen, bis hin zu Todesfällen. Rund 750'000 Tonnen Kupfer exportierte Sambia im Jahre 2016. Von den afrikanischen Staaten exportiert nur Südafrika mehr Kupfer. Kupferabbau ist Sambias wichtigster Wirtschaftszweig, entsprechend gross ist der Einfluss von Minengesellschaften wie Mopani. Kup-

fer aus Sambia wird zu fast 100 Prozent über die Schweiz gehandelt.

Der Minengesellschaft Mopani wird auch vorgeworfen, den sambischen Staat in den Jahren 2002 bis 2008 um grosse Summen an Steuereinnahmen gebracht zu haben. Die Gewinne flossen zur Mutterfirma Glencore.

Kampf für sauberes Wasser

Obwohl die Bevölkerung von Mufulira von all diesen Vorgängen direkt oder indirekt betroffen ist, ist es für sie nicht möglich, Mopani dafür umfassend zur Verantwortung zu ziehen. Aber viele sind nicht mehr bereit, für die Kupferproduktion mit ihrer Gesundheit zu bezahlen. Zusammen mit dem Mufulira Civil Society Organisations Forum fordern sie Mopani heraus: Ein erster Schritt ist der Kampf für sauberes Wasser.

Strompreiserhöhung, aber ohne Glencore

Sambias Präsident Edgar Lungu musste Ende August 2017 persönlich im Strompreisstreit zwischen Mopani und dem staatlichen Stromzulieferer (Copperbelt Energy Corporation CEC) eine Lösung herbeiführen. Der Konflikt begann einige Monate zuvor, als die CEC die Strompreise erhöhte. Sambia hatte ein Stromproblem, aufgrund der Trockenheit konnte kaum mehr Strom mit Wasserkraft generiert werden. Ausserdem waren die Strompreise für die Minenunternehmen so tief, dass der hochverschuldete Staat die Mehrkosten übernehmen musste. Als einzige Minenfirma weigerte sich Mopani, die Erhöhung der Strompreise zu akzeptieren und bestand darauf, gleichviel Strom wie bisher zum alten Preis zu erhalten. CEC antwortete mit einer Reduktion der Stromlieferung. Als CEC auf der Preiserhöhung beharrte, zog Mopani schweres Geschütz auf: Glencores Tochtergesellschaft drohte mit dem Abbau von 4700 Stellen. Eine solche «Erpressung», wie es in der Presse zu lesen war, rief den Präsidenten auf den Plan: Er suchte das Gespräch mit der eingeflogenen Führungsriege von Glencore. Resultat: CEC liefert Mopani Strom zum alten Preis, innerhalb einer Frist von sechs Wochen sollte eine Vereinbarung ausgehandelt werden. Die Frist ist schon lange vorbei, und noch weiss die Öffentlichkeit nichts von der Vereinbarung...



Symbolbild der Frauenbewegung in Cajibío, Cauca.

Foto: Marylén Serna

Friedensprozess in Kolumbien

Bewegungen stärken

Während des Friedensprozesses in Kolumbien sind die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen aufständischen Organisationen und staatlichen Sicherheitskräften zwar zurückgegangen, gleichzeitig geraten aber soziale Bewegungen immer stärker ins Visier sowohl von Paramilitärs wie auch von staatlichen Justizbehörden.

Gegen die Straflosigkeit

Die Menschenrechtsorganisation Pasos (Proceso de apoyo y solidaridad con las organizaciones sociales y populares) will deshalb AktivistInnen von sozialen Bewegungen mit einem Kurs zu Menschenrechten schulen, damit diese Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe dokumentieren und anzeigen. Dabei hält Pasos fest, dass es gerade während des Friedensprozesses wichtig ist, Menschenrechtsverletzungen anzuklagen und einzufordern, dass die Täter für ihre Verbrechen vor Gericht gestellt werden. Bis heute besteht praktisch Straflosigkeit.

Frauen bringen sich in Friedensprozess ein

Gleichzeitig suchen soziale Bewegungen nach Möglichkeiten, sich aktiv in den Friedensprozess einzubringen und diesen mitzugestalten. Wie viele soziale Organisationen kritisiert die Frauenbewegung im ländlichen Cajibío im Südwesten Kolumbiens, dass das Friedensabkommen zwischen Regierung und FARC-EP von Regierungsseite nur sehr mangelhaft und ohne Einbezug der betroffenen Bevölkerung umgesetzt wird. Die Frauenbewegung hat deshalb im Dezember ein Frauentreffen mit hundert Teilnehmerinnen durchgeführt. An diesem wurden konkrete Vorschläge für die Umsetzung des Friedensabkommens in dieser Region ausgearbeitet – basierend auf den Lebensrealitäten der Frauen als Bäuerinnen, Indígenas und Afrokolumbianerinnen.

Widerstand gegen industriellen Bergbau

Um Mitbestimmung geht es auch bei den «Consultas Populares», den Volksabstimmungen über Bergbauprojekte: Seit dem Abstimmungserfolg der Gemeinde Cajamarca, wo die Stimmbewölkerung mit 98 Prozent ein gigantisches Minenprojekt ablehnte (SOLIFONDS-Bulletin Nr. 103), finden in immer mehr Gemeinden solche Volksabstimmungen statt. Im Norden des bergigen Departements Tolima führen Basisorganisationen im Vorfeld einer solchen «Consulta Popular» eine Sensibilisierungskampagne durch. Bauern und Bäuerinnen der entlegenen Weiler, die zum Teil mehrere Stunden Reise über kurvige Staubstrassen entfernt sind, sollen erfahren, wie zerstörerisch sich der industrielle Bergbau auf Umwelt und Lebensbedingungen der Menschen auswirkt. Ebenfalls soll es aber darum gehen, dass die Betroffenen gemeinsam Alternativen für die von Abwanderung und Armut geprägte Region entwickeln. Der SOLIFONDS unterstützt die drei Initiativen.

Hinweise auf Veranstaltungen

Gegen-Rohstoffgipfel

Am Samstag, 17. März, organisiert das Kollektiv gegen die Spekulation mit Rohstoffen zum siebten Mal ein Gegenforum gegen das globale Treffen der Rohstoffhändler und Banker, den Global Commodities Summit in Lausanne, und am Montag, 19. März, findet eine Demo statt.

Thematisch werden sich die Debatten dieses Jahr kritisch mit dem Transport der Rohstoffe sowie den Transportmitteln und -wegen auseinandersetzen. Das Programm wird demnächst auf folgender Seite aufgeschaltet: www.stop-speculation.ch

Ostermarsch in Bern

Mit dem Motto «Gerechtes Wirtschaften für den Frieden» wird der diesjährige Ostermarsch am Ostermontag, 2. April, durchgeführt. Er drückt den Protest gegen die grossen Ungerechtigkeiten in der Welt aus und fordert ein friedliches Zusammenleben. Unser Wohlstand beruht darauf, dass andere Menschen unter Bedingungen arbeiten müssen, die wir für uns selber nie akzeptieren würden. Auf ausbeuterische Art und Weise werden unsere Konsumgüter hergestellt. Die Umwelt wird zugunsten einer billigen Produktion verschmutzt und verwüstet. Diese Ungerechtigkeit verunmöglicht ein friedliches Zusammenleben im globalen Kontext. Mehr Infos: www.ostermarschbern.ch

«Danke für eure Arbeit»

Auf den Versand unseres Jahresberichts im Dezember haben wir zahlreiche Spenden erhalten. Dafür danken wir allen Spenderinnen und Spendern ganz herzlich. Speziell gefreut haben wir uns über die ermunternden Bemerkungen auf den Einzahlungsscheinen, wie «Danke für eure Arbeit», «Internationale Solidarität ist wichtig». Motiviert sind wir so ins neue Jahr gestartet und wir freuen uns, wenn Sie uns durch dieses begleiten.

IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, Postfach, CH-8031 Zürich, Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7;
Redaktion: Aurora García, Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann;
Druck: printoset, Zürich. (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)